

Die Tentakel der Finanzisierungsideologie bewirken das Ende der Vereinigungen.

In diesem Beitrag geht es um die Frage nach dem Überleben der « association sans but lucratif », dem Verein ohne Gewinnzweck. Das drohende Aus für diese gelebte Art von solidarischem Assoziationismus in unserer Gesellschaft wird in diesem Artikel exemplarisch an den, im sozio-ökonomischen Bereich aktiven Vereinen, abgehandelt. Wir werden aber sehen dass dieses Aus nicht nur solche Organisationen betrifft welche sich der « économie sociale et solidaire » (ESS) verschrieben haben, sondern dass dieser politische Wille auch andere Bereiche erfasst, ob das die Kultur ist, der Sport, die Freizeit oder einfach nur Lokalinteressen. Überall schleicht sich die Vorgabe ein dass der (finanzielle) « Return on Invest » die einzige Grösse ist welche messen kann ob die Anliegen und die Arbeit einer Interessengruppe für die Gesellschaft wertvoll sind.

Bereits im Jahre 1928 hat der Gesetzgeber in Luxemburg dem Bestreben der Bürger um sich frei und sicher für bestimmte Vorhaben und Ziele zusammenzutun Rechnung getragen und ein dementsprechendes Gesetz verabschiedet. Am Anfang ging es vornehmlich darum es Bürgern zu erlauben sich in Bezug auf ihre, damals nicht besonders gesicherten Lebensverhältnisse aber auch für ihre neu erworbenen Rechte, selbst zu organisieren. Dieses auf der Basis einer verbürgten Rechtsform. Aus den, auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit beruhenden, losen Zusammenschlüssen welche die damals zentralen Fragen des sozialen Zusammenhalts und dessen Absicherung aufgriffen, wurden mit der Zeit anerkannte Institutionen. Diese Eigenheit der gegenseitigen Hilfe beruhend auf einer nicht - profitorientierten Gesellschaftsform wird in der heutigen Zeit zunehmend verdrängt und wirft etliche Fragen in Bezug auf unser demokratisches Miteinander auf. Welche Werte sind in der heutigen Zeit von Bedeutung und inwiefern werden diese abgewertet weil sie kommerziell nicht zu verwerten sind? Hiermit also einer wirtschaftlich-merkantilen Kosten-Nutzenrechnung nicht standhalten können. Ist zum Beispiel Solidarität ein solcher Wert? Diese Fragen sind unerlässlich wenn man die Entwicklung des Rechts auf Vereinigung und besonders das der ESS in Luxemburg zu analysieren versucht.

Der Arbeits- und Beschäftigungsminister, welcher auch Minister für die Sozial- und Solidarwirtschaft ist, hatte am 26 Juni ins Trifolion in Echternach zu einer « journée d'échange » geladen. Das Thema war die Zukunft der ESS in Luxemburg. Als « Key-note speaker » war Nicolas Hazard aus Paris eingeladen. Der Minister stellte den jungen Mann als den Papst der ESS vor und dieser umriss in seiner Präsentation seine Vorstellungen von der Konzeption einer modernen Sozialwirtschaft. Er sprach als Finanzexperte und als Gründer von INCO (Comptoir de l'Innovation). Inco ist im Grunde eine von der Privatwirtschaft finanzierte weltweit operierende Organisation welche auf der einen Seite mit eben diesen finanziellen Mitteln neue « grüne und soziale » Start-ups finanziert und auf der anderen als Vereinigung ohne Gewinnzweck gegen Bezahlung eben diese Start-ups wiederum begleitet und berät. Als Leitmotiv müssen diese Start-ups der neuen ESS die Werte dieser neuen Wirtschaftsform, welche auf starken Prinzipien aufbaut, wie zum Beispiel der demokratischen Governance, der begrenzten Gewinnerwirtschaftung- und verteilung, der territorialen Verankerung oder der Bürgerbeteiligung, in den Vordergrund stellen. Der ausschlaggebende Moment aber, um die Fiabilität dieser neuen Gesellschaften und ihre eventuelle gesellschaftliche Nützlichkeit zu beweisen, ist dann doch der sogenannte « Businessplan », ein Vehikel welches exklusiv auf einer « Return on Invest » - Philosophie aufbaut. Wenn heute zudem festgestellt wird dass immer mehr junge Leute sich für Studiengänge entscheiden welche diese sozialen und ökologischen Aspekte beinhalten, müsste man sich im Grunde über die zukünftige Gestaltung unserer Wirtschaft freuen dürfen. Nun wird aber diese neue Lehre an den Universitäten von einem Schwarm von privatwirtschaftsnahen Organisationen finanziert und das sollte uns zumindest zu denken geben. So müssen wir momentan miterleben wie ein neuer Akteur der Ende des zwanzigsten Jahrhunderts Bedeutung erlangte, gemeint ist das anglo-sächsische Modell des « entrepreneurial social », dabei ist das traditionell kritische Potential der ursprünglichen Vereinigungen ohne Gewinnzweck zu zerstören. Und das scheint unausweichlich, weil das Modell dieser neuen Gesellschaften postuliert dass es keine Alternative zur Marktwirtschaft gibt und dass die sozialen- und ökologischen Ambitionen, um wirkungsvoll zu sein, sich den Anforderungen der Gewinnerzielung und der Konkurrenz unterzuordnen haben.

So wird auch die (pseudo-finanzielle) Unabhängigkeit zum entscheidenden Credo hochstilisiert und man wird den Eindruck nicht los, dass wenn Unternehmensgelder nicht riechen, dies bei öffentlichen Geldern der Fall ist. Der Effekt ist da, publikumswirksam. Der Erfolg der « social entrepreneurs » basiert demzufolge insbesondere auf der Leugnung der Legitimität der öffentlichen Finanzierung und unterstützt so die seit Jahrzehnten von den Regierenden eingeführte Austeritätspolitik. Diese verschiedenen Elemente erlauben es diesen Akteuren sich als die « professionalisierte » Variante der ESS darzustellen, im Gegensatz zu subventionierten Vereinigungen die in ihrer Aktion nicht sehr effizient sein können. Umsomehr, als dass hiermit zu beweisen versucht wird, dass die Entwicklung und Fortführung einer entsprechenden Initiative ausschliesslich mit der Anwendung von privaten Managementmethoden zu bewältigen ist. Die Schäden die dabei für verschiedene Sektoren die das Allgemeinwohl durch die öffentliche Hand betreffen, sind hinlänglich bekannt.

Aktuelle Beispiele und Baustellen auf nationalem Plan wären da unser Bildungssystem und hier besonders die Luxemburger Universität, in welcher die Privatwirtschaft einen immer grösseren Einfluss erlangt. Im Gesundheitsbereich, wo die Pflegeversicherung und das Festhalten daran, diese ökonomisch rentabel zu gestalten, zu Nachteilen für die Versicherten führt. Genauso wie die Fusionierungswelle im Krankenhausbereich wo medizinische Überlegungen den wirtschaftlichen in der öffentlichen Diskussion untergeordnet zu sein scheinen. Die Renten sind auch ein Bereich in dem solidarisches Handeln durch die Zusatzprivatversicherung zum Teil ausgehebelt werden soll.

Die Kultur ist ebenso ein stark betroffener Sektor. Zwei rezente Beispiele : Das Gerangel um die Ausrichtung des Mudam, in der es auch darum ging ob die Programmation eher für Fremdes und Originäres stehen sollte oder ob sie sich eher einer Konsumkultur zu verschreiben hätte. Finanzielle Überlegungen sind in solchen Fällen ausschlaggebend und fordern ein « return on invest » für jedes einzelene Ereignis. Dasselbe stellt man bei dem Projekt « Esch 2022 » fest. In diesem Fall wird das hier diskutierte Anliegen geradezu plastisch darstellbar. Das Projekt « Europäische Kulturhauptstadt » basierte Anfangs auf einer solidarischen Idee. Zehn der Elf im « Prosud » zusammengeschlossenen Gemeinden zahlten in einen gemeinsamen « Fonds » ein und mit diesem Geld sollte das Grossereignis im Sinne eines künstlerisch-selbstverantwortlichen Projektes über die Bühne gehen. Die Vollbremsung kam und die « return on invest » - Anhänger setzten sich durch. Keine Solidarität mehr für eine gemeinsame Aufgabe oder Konzeption, sondern von jetzt an sollten, aufgrund von privatwirtschaftlichen Argumenten, nur noch konkrete Projekte von den jeweils implizierten Gemeinden, finanziert werden. Grundsätzlich steht aber das « jeder für sich » der Europäischen Idee der Kulturhauptstadt diametral gegenüber. Aber wen kümmerts wenn er damit punkten kann dass die Konten stimmen und der Rest zur Nebensache wird.

Dasselbe Phänomen muss man jetzt auch ungeschminkt auf der internationalen politischen Bühne über sich ergehen lassen, wo politische Verhandlungen von höchster Wichtigkeit zu gemeinen « Deals » verkommen. Hier, wie auch bei jeder Entwicklung welche uns als Fortschritt präsentiert wird, ist es notwendig sich die Frage zu stellen : Was riskieren wir mit einer solchen Entwicklung zu verlieren ? Wir müssen begreifen dass das neue « entrepreneurial social » wie es von Nicolas Hazard vertreten wird, keine verbesserte Variante der Vereinigungen oder auch Kooperativen ist, sondern dass dieser Entwurf eine ganz bestimmte und gänzlich andere Weltanschauung propagiert. Man erkennt das Muster des neoliberalen Kapitalismus.

Es ist also äusserts wichtig sich auf die Bestrebungen und Anliegen der Pioniere der Vereinigungen im Neunzehnten Jahrhundert zurückzubedenken. Die Vereinigungen und Kooperativen waren handfeste Bewegungen im Sinne einer Erprobung und Gestaltung der Demokratie. Dies im Gegensatz zur Philantropie welche am Ende des Zwanzigsten Jahrhunderts die ESS zu beeinflussen begann. Die Hegemonie welche die « neue ESS » hierraus zog und sich nun damit brüstet ganz und gar entpolitisiert zu sein, ist dabei einen ganzen Sektor, welcher auf dem Teilen von starken Werten fusste, zu verändern. Diese Veränderung wird das Aussterben des « Bénévolat » und des sozialen Zusammenhalts beschleunigen und vermutlich einen grossen Schaden in unserer Gesellschaft bewirken. Der Vielfalt wird auf diese Weise Einhalt geboten und wir nähern uns immer schneller einem problematischen Einheitsdenken.

Romain Bieber
Experte für Solidarwirtschaft.